Frage der / des Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

„Das Pissoir am Platz der Deutschen Einheit“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Zur Sauberkeit und Toilettensituation im Umfeld des Hauptbahnhofs hat es auf Initiative des Ortsamt Mitte/östliche Vorstadt in der Vergangenheit mehrere Termine mit Vertretern der Deutschen Bahn, des Amtes für Straßen und Verkehr, der Polizei sowie des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr gegeben. Vor dem Hintergrund des massiven wilden Urinierens am Bahnhofsgebäude mit entsprechend einhergehenden Belästigungen wird die Bereitstellung eines Urinals für dringend erforderlich gehalten.

Bei einer Ortsbegehung im Juli 2016 haben Vertreter der Einrichtungen elf Aufstellorte in Augenschein genommen. Am Ende der Beratungen wurde von Mitarbeitern meines Hauses der jetzige Aufstellort für den Testbetrieb eines Urinals gewählt.

Zu Frage 2:

Bei den Ortsterminen und Beratungen hat es eine intensive Befassung mit den zu berücksichtigenden Belangen gegeben. Maßgebliche Aspekte sind vor allem:

Denkmalschutz des Bahnhofsgebäudes, städtebauliche und stadtplanerische Vorgaben des Bahnhofvorplatzes mit der dortigen Grünfläche, Akzeptanz der Nutzer, Verkehrsnutzung und -sicherheit, Feuerwehrezufahrten und Feuerwehraufstellflächen sowie Verfügbarkeit von Flächen.

Bei der Bewertung der Standorte hat auch die Nähe zum Denkmal mit dem Stück Berliner Mauer eine Rolle gespielt. Es ist aber festzustellen, dass der genannte Aufstellort ein vergleichsweise geringes Konfliktpotenzial aufweist und der entstehende Nachteil für das Denkmal im Vergleich zur Lösung des „akuten Pinkelproblems“ insgesamt vertretbar ist.

Zu Frage 3:

Aufgrund der hohen Nutzerakzeptanz ist aktuell davon auszugehen, dass der Testbetrieb erfolgreich sein wird. Bei einer festen Installation am gleichen Ort kann in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten und den baulichen Umständen des Kanalanschlusses ein geringes Abrücken des Urinals vom Denkmal oder umgekehrt in Erwägung gezogen werden.

Frage der / des Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

**„Unterschreitung der personellen Mindeststärke bei der Berufsfeuerwehr
Bremen“**

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

**Die Fragen 1-3 werden zusammenhängend
beantwortet:**

Bis einschließlich 19.12.2016 wurde die festgelegte personelle Mindeststärke im Lösch- und Hilfeleistungsdienst an 148 Tagen um durchschnittlich - 4,89 Einsatzkräfte unterschritten. Die maximale Unterschreitung war einmalig mit - 20 am 12.12.2016 zu verzeichnen. Der Senat und die Bremische Bürgerschaft haben in 2015/2016 mit dem Haushalt beschlossen, dass die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Brandschutz und technische Hilfeleistung von vormals 427,09 VZE um 62,91 VZE auf 490 VZE erhöht wurde. Das notwendige Personal ist eingestellt, jedoch dauert die Ausbildung 2 Jahre. Mit freiwilliger Mehrarbeit ist das personelle Defizit wirksam, aber eben nur begrenzt, ausgleichbar. Zusätzlich können Krankheitswellen weitere Ausfälle verursachen.

Frage der / des Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Petet Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

„Soll der Fecht-Club Bremen-Nord (FCBN) den Thiele-Speicher als langjähriges Trainingszentrum“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der sog. Thiele-Speicher in Bremen-Vegesack befindetet sich im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz. In einer vertraglichen Vereinbarung, die im Jahr 1982 geschlossen wurde, ist der Speicher dem Fecht-Club Bremen-Nord und dem Kutterverein zunächst unentgeltlich zur Nutzung überlassen worden. Im Gegenzug hat der Fecht-Club seinerzeit die Herrichtung des Gebäudes als Trainingsstätte mit Vereinsheim übernommen. Vereinbarungsgemäß entrichtet der Fecht-Club Bremen-Nord seit dem 01.07.2008 eine Miete in Höhe eines als symbolisch zu bezeichnenden Betrags für die ca. 1.000 m² große Fläche im Thiele-Speicher.

Mit der Herrichtung des Gebäudes Anfang der 1980er Jahre haben sich die v. g. Vereine vertraglich

verpflichtet, für den Bauunterhalt des denkmalgeschützten Thiele-Speichers Sorge zu tragen. Es ist jedoch für einen Sportverein nicht möglich, die den für ein Denkmalgeschütztes Gebäude notwendige Bauunterhaltung vorzunehmen, weshalb diese anhaltend unterschritten wird. Die unabwendbare Folge ist ein Sanierungsstau, der erkennbar kurz- bis mittelfristig eine größere finanzielle Investition in das Gebäude unumgänglich machen wird.

Vor diesem Hintergrund ist Immobilien Bremen aktuell im Dialog mit dem Fecht-Club Bremen-Nord und in Abstimmung mit dem Sportamt Bremen sowie der Senatorin für Finanzen bemüht, eine zukunftsorientierte und finanziell tragfähige Lösung sowohl für den verpflichtenden Erhalt des Thiele-Speichers im Sinne des Denkmalschutzes als auch für den Fecht-Club Bremen-Nord und den Kutterverein zu finden.

Zu Frage 2:

Der Senat begrüßt das Engagement des FCBN generell. Allerdings kann der Verein aus nachvollziehbaren Gründen - wie bereits in Frage 1 dargestellt - nicht das erforderliche Maß an Bauunterhaltung für den Erhalt des

denkmalgeschützten Gebäudes nachkommen. Aus diesen Gründen bemüht sich die Immobilien Bremen AöR zusammen mit dem Verein um ein Lösung.

Zu Frage 3:

In den Bremer Sportvereinen ist die Beschäftigung mit Kindern und Jugendlichen ein zentraler Handlungsschwerpunkt. Im Rahmen der Grundlage der Landeshaushaltsordnung, des geltenden Haushaltsplans und den entsprechenden Richtlinien für die Sportförderung in Bremen unterstützt das Sportressort im Einvernehmen mit der Deputation für Sport die Bremer Sportvereine durch Zuwendungen, insbesondere auch für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Fechtclubs Bremen-Nord e.V. sind unter 26 Jahre. Dadurch wird die besondere Bedeutung der Jugendarbeit in diesem Verein ersichtlich.

Frage der / des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

„Hygienestandards an Bremischen Schulen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Verantwortlich für die Reinigung an Bremer Schulen ist die Abteilung Gebäudeservice der Immobilien Bremen, AöR.

Alle Bremer Schulen werden entweder durch IB-eigene Reinigungskräfte oder durch Reinigungskräfte von Fremddienstleistern gereinigt.

Bei der Organisation der Reinigung ist flexibles Handeln erforderlich. Zum einen müssen Verträge mit Fremddienstleistern regelmäßig neu ausgeschrieben werden, was einen Anbieterwechsel zur Folge haben kann, zum anderen werden Objekte aus wirtschaftlichen und/oder organisatorischen Gründen zum Teil von Fremd- auf Eigenreinigung umgestellt und umgekehrt.

Im Jahr 2014 wurde in 4 Objekten und im Jahr 2015 in 3 Objekten ein Dienstleisterwechsel durchgeführt, während 2016 kein Wechsel dieser Art stattfand.

Einen Wechsel von Eigen- auf Fremdreinigung gab es im Jahr 2015 in 4 Objekten und im Jahr 2016 in 2 Objekten.

Im Jahre 2014 sind drei Objekte, im Jahr 2015 kein Objekt und im Jahre 2016 sind 4 Objekte von Fremd- auf Eigenreinigung umgestellt worden.

Zu Frage 2:

Die Art und Häufigkeit der Reinigung der bremischen Schulen richtet sich nach der Reinigungsrichtlinie der Freien Hansestadt Bremen vom 10.11.2011.

Diese Fassung der Reinigungsrichtlinie sieht für alle Grundschulen eine Umstellung auf eine 2,5-malige Reinigung pro Woche in den Klassenräumen vor. Aufgrund der im Zuge der Umstellung gemachten Erfahrungen in Grundschulen entschied die Senatorin für Finanzen, die Reinigungshäufigkeit dort nicht zu reduzieren und es bei der 5-maligen Reinigung zu belassen. Einige Schulen waren bereits auf die 2,5-malige Reinigung umgestellt und wurden daher in der Folge Ende 2016 wieder auf die 5-malige Reinigung zurückgestellt. Aktuell befinden sich alle Bremer

Grundschulen im 5-maligen Reinigungsrythmus. In Grundschulen werden folglich auch die Klassenräume täglich gereinigt. In weiterführenden Schulen findet die Reinigung nach der Reinigungsrichtlinie 2,5-Mal in der Woche statt.

Grundsätzlich werden in allen Objekten die Sanitär-bereiche sowie Küchen und Teeküchen täglich gereinigt.

Zu Frage 3:

Innerhalb des Objektes ist der Hausmeister verantwortlich für die Kontrolle der Reinigungsleistung und die Weitergabe von etwaigen Reklamationen. Bei Reinigung durch IB-eigene Kräfte werden Reklamationen an die Objektleitung der Immobilien Bremen geschickt, bei Reinigung durch einen Fremddienstleister werden diese an die Objektleitung des Fremddienstleisters geschickt. Beide sind in solchen Fällen verantwortlich für die Überprüfung und Beseitigung der Mängel.

Handtücher, Toilettenpapier und Seife werden während der täglichen Reinigung aufgefüllt. Diese findet je nach Objekt am frühen Morgen oder am Nachmittag statt.

Größere Beschwerden sollen über die Schulleitungen an den zuständigen Bereich der Senatorin für Kinder und Bildung gemeldet werden. Es wird dann gemeinsam eine Lösung gesucht.

Frage der / des Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

„Familienfreundliches Bremen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Bearbeitungszeit zwischen dem Vorliegen des vollständigen, entscheidungsreifen Antrags und der ersten Auszahlung des Elterngeldes beträgt derzeit etwa 14 Wochen. Damit wird das Ziel, einen entscheidungsreifen Antrag innerhalb von vier Wochen zu bescheiden, um 10 Wochen überschritten.

Antragstellerinnen und Antragsteller, die dadurch in eine finanzielle Notlage zu geraten drohen, können ein zinsloses Darlehen zur Überbrückung bei der Bremer Aufbau-Bank in Anspruch nehmen. Es wird innerhalb weniger Tage ausgezahlt und kann vier Wochen nach Vorliegen der vollständigen Antragsunterlagen beantragt werden.

Zu Frage 2 und 3:

Der gestiegene Beratungsbedarf von Antragstellerinnen und Antragstellern – vor allem durch das neue Elterngeld plus – ist zu Lasten der zeitlichen Ressourcen für die Antragsbearbeitung gegangen. Da die damalige personelle Ausstattung in Verbindung mit vier längerfristig ausgefallenen Kräften nicht mehr ausreichend war, wurde das Personal im vierten Quartal 2016 kurzfristig um 3,14 Stellen aufgestockt. Die erforderliche Einarbeitung durch die Teamleitung sowie erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter band zunächst Kapazitäten, so dass die Aufarbeitung der Bearbeitungsrückstände noch nicht im dem erforderlichen Maße möglich war.

Die neuen Kräfte bearbeiten inzwischen Anträge eigenverantwortlich. Im ersten Quartal 2017 wird sich daher die personelle Mehrausstattung in einer Reduzierung der Bearbeitungsdauer auswirken. Neben den in 2016 neu eingestellten Kräften ist der Personalbestand Anfang 2017 um weitere 2,75 Stellen aufgestockt worden, eine zusätzliche Kraft wird voraussichtlich Anfang April 2017

folgen, so dass dann die aktuelle Zielpersonalplanung von 15,97 Stellen erreicht ist.

Anfang Februar 2017 wird die Elterngeldstelle durch Mehrarbeit und Optimierung der Prozesse konzentriert die Rückstände abarbeiten. Unter anderem werden die schnell zu entscheidenden Fälle prioritär abgearbeitet.

Über die getroffenen Maßnahmen und den jeweiligen Bearbeitungsstand wird künftig in der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration regelmäßig berichtet.

Frage der / des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

„Vergabe und Nutzung des Hochbunkers Hans-Böckler-Straße“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Das Zuckerwerk ist ein großes Netzwerk von aktiv gestaltenden Personen zwischen 18 und 30 Jahren mit einem Umfeld von bis zu 1.000 Menschen. Es versammelt die Szene der Clubgänger und Elektro- und Techno-Szene und verbindet Freizeit mit Arbeit, Kunst, Kultur, Musik und anderen Kreativwirtschaftsbereichen.

Das Netzwerk hat einen bedeutenden, standortrelevanten Freizeitwert für die Zielgruppe und kann als Brutstätte des kreativen Nachwuchses verstanden werden. Es trägt damit für junge Absolventen als Standortfaktor dazu bei, gegebenenfalls nach dem Abschluss des Studiums in Bremen zu bleiben. Auf diese Weise kann das Netzwerk Zuckerwerk die Kultur- und Kreativwirtschaft in Bremen stärken.

Nach vier Jahren der Suche und der Überprüfung einer Vielzahl von bremischen als auch privaten Immobilien ist festzustellen, dass bisher lediglich der Hochbunker Hans-Böckler-Straße den Anforderungen zur erfolgreichen Umsetzung des Projektes „Zucker Club“ aufzeigt. Vor diesem Hintergrund prüft der Senat aktuell, inwiefern der Bunker an den Verein zur Umsetzung des Projektes veräußert werden kann.

Zu Frage 2:

Für die Umsetzung des Projektes „Zucker Club“ liegt ein durch den Verein erstellter Businessplan vor. Demnach ist keine laufende Unterstützung durch die öffentliche Hand vorgesehen.

Frage der / des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

„Verlagerung von Präventionsarbeit an polizeilichen Einsatzschwerpunkten?“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Es ist nicht richtig, dass Streetworker oder Sozialarbeiter von der Disko-Meile zum Hauptbahnhof abgezogen worden sind. Vielmehr hat der Träger des Projektes „Pro Meile“, Vaja e.V., der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im vergangenen Jahr mitgeteilt, dass er das Projekt in 2017 nicht fortführen wird.

Zu Frage 3a:

Die Polizei führt regelmäßig und gerade an den angesprochenen Örtlichkeiten Diskomeile und Hauptbahnhof eine Vielzahl von präventiven und repressiven Maßnahmen durch. Hierbei findet ein regelmäßiger Austausch mit den Sicherheitsdiensten sowie den Inhabern der Betriebe auf der Diskomeile statt. Die Polizei kennt den Unterstützungsbedarf der Sicherheitsdienste und leistet im Bedarfsfall die notwendige Unterstützung.

Zu Frage 3b:

Der Senat hat nicht an präventiver Arbeit an bestimmten Einsatz-Schwerpunkten gespart. Vielmehr stehen die Mittel, die Vaja e.V. im Jahr 2016 für das Projekt „Pro Meile“ gewährt wurden, auch im Haushalt 2017 zur Verfügung. Sie können für Alternativkonzepte auf der Disko-Meile eingesetzt werden.

Frage der / des Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

„Umsetzung des Integrationskonzepts "Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und Bürgern aus Osteuropa" im Stadtgebiet Bremen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Umgang mit den Folgen von Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und Bürgern und in diesem Zusammenhang die Migration aufgrund von Armut aus Osteuropa bleibt für die Kommunen eine große Aufgabe und Herausforderung. Bremen ist bestrebt, durch unterschiedliche Projekte und Angebote die negativen Folgen diese Armutsmigration abzumildern.

Zu Frage 2 und 3:

Im Stadtgebiet Bremen wurden Fälle von überbelegten Wohnungen oder anderen problematischen Wohnraumsituationen bekannt. Der Umgang mit diesen Fällen richtet sich nach den jeweiligen Gegebenheiten. Wenn beispielsweise der Kinderschutz im Vordergrund steht, wird der Sozialdienst Junge Menschen aktiv. Sind beispielsweise bauliche Mängel im Fokus, so wird die Zusammenarbeit mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gesucht.

Frage der / des Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

„Krankenversicherung bei Hartz-IV-Sanktionen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Soweit bei wiederholten Pflichtverletzungen der Anspruch auf Arbeitslosengeld II vollständig wegfällt, entfällt im Minderungszeitraum auch die Krankenversicherungspflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V, weil kein Leistungsbezug vorliegt. Das Jobcenter übernimmt in dieser Zeit keine Krankenversicherungsbeiträge.

In diesem Fall besteht Krankenversicherungsschutz über die obligatorische Anschlussversicherung im Status einer freiwilligen Mitgliedschaft.

Zu Frage 2:

Freiwillig Versicherte müssen die Beiträge bei Wegfall des Anspruches auf Arbeitslosengeld II selbst tragen. Eine Bezuschussung der Beiträge durch das Jobcenter ist nicht möglich.

Zu Frage 3:

Dies ist grundsätzlich zutreffend. Werden ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen gewährt, liegt ein Leistungsbezug vor. Damit tritt die Versicherungspflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V mit Beginn des Monats ein, für den die Sach- oder geldwerten Leistungen erbracht werden. Das Jobcenter übernimmt damit auch die Krankenversicherungsbeiträge.

Frage der / des Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

„Mittelausschöpfung des Jobcenters Bremen im Jahr 2016“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Eingliederungstitel des Jahres 2016 wurde zu 94,3 % ausgeschöpft.

Zu Frage 2:

Die Darstellung der Ausschöpfung auf Instrumentenebene erfolgt entlang der 7 Hauptinstrumentengruppen.

1. In Typ 1 „Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)“ wurde eine Quote von 93,3 % erreicht.
2. In Typ 2 „Aktivierung und berufliche Eingliederung (MAbE)“ wurde eine Quote von 99,8 % erreicht.
3. In Typ 3 „Eingliederungszuschüsse (EGZ)“ wurde eine Quote von 93,4 % erreicht.
4. In Typ 4 „Arbeitsgelegenheiten (AGH)“ wurde eine Quote von 97,2 % erreicht.

5. In Typ 5 „Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV)“ wurde eine Quote von 86,8 % erreicht.
6. In Typ 6 „Außerbetriebliche Berufsausbildung“ wurde eine Quote von 89,8 % erreicht.
7. In Typ 7 „Weitere Instrumente“ wurde eine Quote von 87,7 % erreicht.

Zu Frage 3:

Der Senat geht davon aus, dass sich die Frage auf das Jahr 2017 bezieht und beantwortet sie bezogen auf das Jahr 2017.

Das Jobcenter wird folgende Maßnahmen mit dem Ziel einer vollständigen Ausschöpfungsquote des Eingliederungstitels 2017 vornehmen.

Das Jobcenter hat eine Überplanung des Eingliederungstitels in Höhe von 12 % vorgenommen.

Intern erfolgt ein Controlling der Eintritte in Maßnahmen und ein Finanzcontrolling in einem monatlichen Besprechungsformat.

Zwischen dem Träger Agentur für Arbeit und dem Jobcenter finden 5 – 6 Monatsgespräche zur Zielerreichung in 2017 statt.

Die Trägerversammlung wird in jeder Sitzung mit dem Stand der Umsetzung des Eingliederungstitels befasst. Bei Bedarf leitet die Trägerversammlung ergänzende Steuerungs- und Controllingmaßnahmen ein.

Bei absehbarer Verfehlung der Eintrittszahlen in Maßnahmen und der Mittelbindung und -verausgabung nimmt das Jobcenter bedarfsgemäß eine Nachplanung vor.